

Die KMU Politik der CVP – kritisch betrachtet

Rede am KMU Seminar der AWG Luzern, 18.8.2005

Es ist für mich eine Ehre, vor der AWG Luzern und der CS auftreten zu können. Die AWG Zug, wo ich selbst Mitglied bin, ist ebenfalls eine Gruppe, die sich durch enorm interessante und sehr gut besuchte Veranstaltungen auszeichnet. Zudem hat sie seit Jahren kontinuierlich steigende Mitgliederzahlen, was einen als CVPLer und als Kantonalpräsident der CVP ZG durchaus mit einem gewissen Optimismus erfüllt.

Wir haben in einem Jahr kantonale und gemeindliche Wahlen, die jetzt schon ihre Schatten vorauswerfen, und wir betrachten es als Ziel, weiterhin die führende Partei im Kanton Zug zu bleiben, nachdem wir finden, gerade in wirtschaftlicher Hinsicht hätten wir Zuger CVPLer nicht so viel falsch gemacht... Das trug uns auch seitens der Zürcher Presse, NZZ und TA, das Etikett ein, im Kanton Zug sei nicht die FDP, sondern die CVP die eigentliche Wirtschaftspartei, wenn auch der Tagi kritisch anmerkte, etwas weit rechts stünde diese Kantonalpartei ja schon... was nicht so viel heissen will, ist man doch bald einmal aus der TA-Perspektive rechts. Aber auch wir haben die Probleme, die jede CVP Kantonalpartei in der Zentralschweiz hat: sie wird bedrängt von der SVP, die daran ist, Wirtschaftskompetenz für sich zu beanspruchen, auf nationalem Parkett hat sie es – mindestens nach aussen – auch teilweise erreicht.

Und da sind wir – politisch gesehen, und noch enger, parteipolitisch gesehen, bei einem Problem, das die CVP hat: sie wird in keinem thematischen Feld mehr als eigentlich besonders kompetent wahrgenommen. Das Thema „Familie“ ist – glaubt man den Umfragen – bei der SP besser aufgehoben, „Wirtschaft“ nach wie vor bei FDP, zunehmend SVP, „Ausländer“ bei der SVP, usw.

Das ist die Krux für eine Partei, deren kantonale Vielfalt so gross ist, dass von sozial bis konservativ alles möglich ist. Und das merken Sie auch, deshalb mache ich überhaupt diese lange Einleitung, das merken Sie auch bei unserem heutigen Thema: die KMU Politik der CVP.

Ich will Ihnen keinen Sand in die Augen streuen, sondern ehrlich sein. Wir sind hier – so nehme ich einmal an – unter Leuten, die der AWG – und damit der CVP – näher oder weiter stehen, ihr zumindest nicht feindlich gesinnt sind. Da macht es keinen Sinn, für die Galerie zu sprechen, dafür ist Ihre Zeit, die Sie aufbringen, zu schade.

Deshalb versuche ich, Klartext zu sprechen, auch wenn Sie das Wort „Klartext“ jetzt nicht unbedingt gerade mit der Rede eines Politikers assoziieren.

Ein paar simple Fragen möchte ich mit Ihnen durchgehen, heute abend, vielleicht sind die Fragen zu simpel, die Antworten sind es vermutlich weniger: hat die CVP überhaupt eine KMU Politik? Wie äussert sie sich theoretisch, und was tut sie praktisch? Und was wären Punkte, wo die CVP besser werden muss, in Sachen KMU? Das möchte ich in den kommenden 20 Minuten mit Ihnen etwas durchgehen.

1. Das Programm

Die CVP – auch die sogenannte neue CVP – betrachtet die Förderung der KMU als eines ihrer zentralen Kernthemen. Das neue Parteiprogramm „Aufbruch Schweiz“ kennt drei Schwerpunkte: soziale Marktwirtschaft, Familie, sichere Sozialwerke.

Die Reihenfolge ist nicht zufällig. Es war ein – für mich als Neuling eher überraschender Erfolg – dass die Bundeshausfraktion mit einer – wenn auch knappen – Mehrheit entschied, dass die wirtschaftlichen Probleme zuerst angegangen werden müssen. Das stimmt mich zuversichtlich.

Innerhalb dieser wirtschaftlichen Thematik ist ein klarer Akzent auf die KMU ausgerichtet. Ein aktuelles Beispiel: an der letzten DV in Einsiedeln verabschiedete die CVP einstimmig eine Resolution zur Unternehmensbesteuerung. Auf diese komme ich nachher noch zurück.

Zum Parteiprogramm zwei Vorbemerkungen, bevor ich auf die eigentliche inhaltliche Programmatik komme:

1. auch ich weiss: Papier ist geduldig. Ich denke, die meisten von Ihnen kennen die Leitbilddiskussionen in Ihren Unternehmen, wo manche glauben, wenn das Papier erstellt sei, sei die Arbeit getan. Ich kenne den relativen Wert von Parteiprogrammen, wenn sie den Test mit der wirklichen politischen und wirtschaftlichen Welt bestehen müssen. Sie kennen ihn vermutlich auch.

2. An sich halte ich nicht viel von Parteiprogrammen, wenn sie sich auf gewisse – vermeintliche – Kundengruppen konzentrieren wollen. Man versucht, Zielgruppen zu finden, deren Bedürfnisse zu eruieren, und dann die politischen Versprechungen in diese Richtung zu formulieren. Da unterscheidet sich meiner Auffassung nach Politik stark von wirtschaftlichen Handlungsweisen, oder sollte.

Nach meiner Auffassung sollte man sich als Partei über gewisse Grundwerte klar werden, ein Bild haben, wie die Gesellschaft aussehen soll, die man gestalten will, und dann, so dumm es tönen mag, ist der Rest einfach.

Sie haben es eigentlich immer mit einfachen Dimensionen zu tun in der Politik, denn Sie können bei jeder Entscheidung eigentlich nur ja oder nein sagen, oder sich enthalten, aber das nicht zu oft.

Denn es geht immer um die gleichen Fragen: Menschenwürde, Freiheit und Verantwortung, Solidarität, Gemeinschaft, Subsidiarität, Föderalismus. Das sind die Grundwerte des CVP Parteileitbilds. Wenn Sie sich fragen, wie Sie zu entscheiden haben, dann können Sie sich an diese Kriterien halten. Das behagt mir eher, als zu fragen, welche Zielgruppe man noch ansteuern soll, und wo man Gefahr läuft, zu verwässern.

Schauen wir aber trotzdem an, was das Parteiprogramm sagt, was KMU's von der CVP erwarten können:

Zitat: „Wir stärken die KMU. Sie stehen für nachhaltige Entwicklung, sind das Rückgrat der Wirtschaft. Wir unterstützen sie bei den Ausbildungsaufgaben. Wir bauen administrative Belastungen ab, wir fordern eine KMU gerechte Steuerpolitik, wir machen die selbständige Erwerbstätigkeit attraktiver und unterstützen die Gründung neuer KMU.“

So weit, so gut, aber auch so allgemein. Das kann sogar beinahe die SP unterschreiben.

Bei den Schwerpunkten lese ich Ihnen nicht alle Ideen vor, sondern nur ein paar:

- Kampf der Hochpreisinsel durch mehr Wettbewerb im Binnenmarkt (wohlweislich verschweigt man die hohen Löhne...)
- Steuerliche Entlastung der Unternehmen
- flexible Arbeitszeiten, keine Verkürzung der Arbeitszeit, keine staatlichen Eingriffe, sondern gelebte Sozialpartnerschaft der Unternehmen selbst
- gezielte steuerliche Entlastung des Mittelstands, der durch Erhöhung der indirekten Steuern in der jüngeren Vergangenheit erheblich belastet wurde, während die tiefsten Einkommen subventioniert und die höchsten Einkommen geschont wurden.

So weit, auch so gut. Aber – und da haben wir das Problem einer Partei, die auf vermeintliche Kundengruppen zielt – im gleichen Programm stehen auch Forderungen, wie einheitliche Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für tiefe Einkommen, Kinderkrippen, Tagesschulen usw. – all dies legitime Forderungen, solange nicht gesagt wird, dass genau die KMU, der Mittelstand dann die Zeche in Form der indirekten Steuern, oder der direkten, bezahlen muss.

Man kann es nicht allen recht machen, eine Binsenweisheit. Aber Parteiprogramme versuchen das meistens.

Zuletzt noch die Positionspapiere: sie sind konkreter, und sie machen Vorschläge, in welche Richtung die Unternehmensteuerreform gehen soll, und sie befassen sich mit einem wichtigen Ärgernis der KMU, der Mehrwersteuer. Es geht zu weit, Ihnen alles im Detail vorzustellen, deshalb auch hier nur die Grundzüge, wenn Sie möchten habe ich Ihnen noch ein paar Kopien dazu gemacht. Es würde mich – evt. in der Diskussion oder beim Apéro oder später per email – interessieren, was Sie als Unternehmer davon halten.

Was sind die Eckwerte der CVP für die Unternehmenssteuerreform?

- die Vereinfachung der Unternehmensnachfolge bei den KMU (ein ganz wichtiges Thema, ich komme nachher noch bei der Praxis darauf zurück)
- Abbau der doppelten Besteuerung des Risikokapitals
- Abschaffung der extensiven Auslegung des Eigenkapitals
- Rückzahlung von Agio
- Rechtssicherheit beim Verkauf von Unternehmensbeteiligungen
- Verbesserung des Standorts Schweiz für internationale Unternehmen
- eine vernünftige Steuerpraxis

Was sind die Eckwerte der CVP für die Reform der Mehrwertsteuer?

- Eine erhebliche Vereinfachung des Verfahrens: durch die Erhöhung der Limiten für die Saldosteuersatzmethode, durch Straffung bürokratischer Abläufe, durch die digitale Abrechnung und die Vereinfachung der Formulare.
- Mehr Gerechtigkeit und Sicherheit durch die Eliminierung von Wettbewerbsverzerrungen, durch ein kleineres Inkassorisiko für die KMU, durch mehr Rechtssicherheit bei der Anwendung.
- Mehr Dienstleistungsorientierung durch die Ausrichtung der Wegleitung auf die KMU, durch kostenlose und kompetente Auskunftsstellen

Sie sehen, es mangelt der CVP nicht an Ideen, die KMU zu entlasten, die Frage ist, ob sie genügen, ob sie realisiert werden, wie und wann – und damit bleiben wir in der typischen Situation für die Politik, dass sie, will sie Profil haben, nicht zu detailliert sein darf, und damit etwas geht, doch ins Detail muss, und dort dann der politische Infight beginnt, der es so mühsam macht in der Schweiz, jede noch so kleine Verbesserung durchzubringen.

Und einen Faktor haben wir – auch im Parteiprogramm – ausgeblendet, und viel zu wenig anvisiert: den Faktor der Macht der Verwaltung.

Darüber möchte ich reden, wenn ich nun zum zweiten Teil komme, mit Beispielen aus der Praxis.

2. Praxis / Beispiele

Ich möchte Ihnen drei Beispiele zeigen, wo ich sehe, dass die Verwaltungen, seien sie kantonale oder eidgenössische, ein Machtfaktor sind, der zu wenig angegangen wird.

Die Politik macht Gesetze, nicht mehr und nicht weniger, der Unternehmer, v.a. der KMU-Unternehmer, kennt sich vor allem nicht im Gesetzlichen, und nicht einmal primär im Finanziellen, sondern in seinem Metier, seinem Beruf, in seiner Tätigkeit aus. Ein Unternehmer mit einer Idee muss diese Idee kennen, gestalten wollen, den Markt kennen, sich positionieren, und er muss nicht primär kompetent in Buchhaltung sein. Und genau da sehe ich die grössten Probleme im Wirtschaftsstandort Schweiz: wir verstellen den Unternehmen mit steuerlichen, administrativen oder gesetzlichen Hürden immer mehr den Weg zur Entfaltung, wir engen ein, statt dass wir Raum schaffen. Und durch eine Aufblähung des Staates, der Verwaltung, schaffen wir immer mehr Regulationsdichte, in der es für Unternehmer immer schwieriger wird, Initiative und Gestaltungsmöglichkeit zu entwickeln, denn der Unternehmer muss ein guter Unternehmer und nicht ein guter Anwalt sein.

Und es ist ein wesentlicher Teil an Verantwortung dafür bei der Verwaltung zu suchen und zu finden, aber er ist schwierig, diesen Missstand wirklich zu beheben.

Das erste Beispiel ist ein persönliches, dafür aber auch ein unhöfliches, hier in Luzern. Aber es gibt einen durchaus interessanten Einblick darin, wie Verwaltungen unterschiedlich handeln können. Ich bin verheiratet mit einer Luzernerin, und habe meinen Betrieb im Kanton Zug. Bis zu unserer Heirat arbeitete und steuerte meine Frau in Luzern, ich in Zug. Auch nachdem wir geheiratet haben, verzichteten wir auf eine Steueroptimierung, sondern wollten eigentlich die Praxis beibehalten, dass jeder dort steuert, wo er / sie arbeitet. Was war die Folge unseres, wie ich meine, durchaus ehrenhaften Anliegens? Bei der Steuerverwaltung in Zug brauchte ich ein Telefon, und die sagten mir, kein Problem, wir erledigen das für Sie, Sie brauchen nichts zu tun, sondern nur eine gemeinsame Steuererklärung einzureichen, den Rest erledigen wir mit Luzern. Was passiert in Luzern? Ich brauchte 7 Jahre, glaubhaft zu versichern, dass mein Lebensmittelpunkt weiterhin da ist, wo ich meinen Betrieb habe, und dass meine Frau trotzdem bereit sei, ihr Einkommen in Luzern zu versteuern.

Sie glaubten uns nie, am Ende, nach 7 Jahren Korrespondenz mit der Finanzverwaltung der Stadt, resignierten wir und versteuern seither alles in Zug. Ein kleines Beispiel, ich weiss, aber für mich kein Zufall, warum Luzern Mühe hat, ein attraktiver Standort für Unternehmen, auch für KMU zu sein. Es liegt nicht an Unternehmen, es liegt nicht an der Politik, auch nicht unbedingt an den Gesetzen, es liegt an der mangelnden Führung der Verwaltung durch die Politik.

Zweites Beispiel: die Diskussion um die Einführung des neuen Lohnausweises. Alle Parteien, die sich KMU Politik aufs Tapet geschrieben haben, müssten seit Jahren Sturm laufen, gegen die unvergleichliche Arroganz, mit der die eidgenössische Steuerverwaltung – ohne demokratische Legitimation – einen Lohnausweis durchsetzt, der sich durch zwei Dinge auszeichnet: dass er für KMU erhöhten Verwaltungsaufwand bringt, und dass er alles daran setzt, das Steuersubstrat auszuweiten, die Freiheit der Unternehmer einzuengen.

Unzählige Vorstösse im Parlament nützen nichts, aber es fehlt auch am entscheidenden Führungsverhalten im Departement. Man schwenkt jetzt drauf ein, dass man eine Versuchsphase machen will, aber die Verwaltung lässt deutlich erkennen, dass diese Versuchsphase nur eine verzögerte definitive Einführung ist, egal, was die Resultate dieses sogenannten Versuchs sind. Und hier muss ich ausnahmsweise die Wirtschaftsverbände, allen voran economiesuisse, kritisieren, die lange Zeit von den bürgerlichen Parteien verlangten, sich zu wehren, jetzt aber einknickten. Der Gewerbeverband scheint mir da deutlich KMU näher zu sein, denn er unterstützt uns noch weiterhin im Anliegen, dagegen zu kämpfen. Ich bin noch nicht sicher, ob es nicht gelingt, diesen Lohnausweis zu stoppen, wenn nicht, wäre ein Element auch aus dem CVP Programm, die Halbierung der bürokratischen Lasten für die KMU, nicht nur Makulatur, sondern genau ins Gegenteil verkehrt.

Drittes Beispiel: wie Sie wissen, lässt sich der Bundesrat Zeit mit der neuen Unternehmenssteuerreform. Das ist die Verantwortung der Politik, die nicht wahrgenommen wird. In der Zwischenzeit nutzt aber die Eidgenössische Steuerverwaltung die Gelegenheit, einen Bundesgerichtsentscheid vom 11.7.04 mit einem Kreisschreiben Nr 7 so extensiv auszulegen, dass bei zahlreichen Familienunternehmen, KMUs natürlich vor allem, die Nachfolgeproblematik verschärft wird. Die Theorie, dass ein Firmenverkauf an eine sogenannte Erbenholding einer indirekten Teilliquidation gleichkommt, deshalb auch die

steuerlichen Hürden für unzählige Unternehmensnachfolgen enorm hoch setzt, ist schlichtweg abenteuerlich.

Bei der familieninternen Unternehmensnachfolge wurde bisher nicht selten folgende Variante gewählt: die am Unternehmen interessierten Nachkommen gründeten eine Holdinggesellschaft, welche die Beteiligungsrechte gegen Darlehen käuflich erwarb. Der veräussernde Vater konnte auf diese Weise einen steuerfreien Kapitalgewinn einstreichen und damit die übrigen Erben abfinden. Gleichzeitig konnten die unternehmerischen Nachkommen über die Erbenholding den Kaufpreis, bzw. das daraus entstandene Darlehen steueroptimal amortisieren. Bisher war dieses Vorgehen unproblematisch, wenn die Mittel für die Amortisation aus Gewinnen stammten, die nach dem Kauf der Gesellschaft erwirtschaftet wurden.

Und, das sei beigefügt, es ist auch überaus sinnvoll, diese Lösung zu wählen. Denn die unternehmerischen Nachkommen sind dadurch angespornt, das Unternehmen weiterhin erfolgreich zu führen, und die nicht unternehmerischen Nachkommen belasten mit ihren Ansprüchen nicht mehr das operative Geschäft. Aber das ist – gemäss diesem Kreisschreiben – eher ein Kreisbuch, wo alle Varianten genau aufgelistet werden, um ja überall den Zugriff aufs Steuersubstrat auszuweiten – das ist nicht mehr möglich.

Handlungsspielraum der Verwaltung? Immens. Handlungsspielraum der Politik? Unzählige Gespräche mit dem zuständigen Bundesrat, der verspricht, aber nichts tut, geschweige denn führt, eine Verwaltung, die sich über die Politik hinwegsetzt, und – am Ende – frustrierte KMUler, Unternehmer, die der Politik nicht mehr über den Weg trauen, ihre effektiven Probleme lösen zu können.

Ich habe in der CVP ZG eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die noch vor dem Bettag Lösungsvorschläge präsentieren muss, wie wenigstens dieses hoch technische, für Laien nicht durchschaubare, aber enorm KMU schädliche Kreisschreiben mindestens kantonal nicht zur Anwendung kommen kann. Drei Anwälte bilden diese Arbeitsgruppe – nichts gegen Anwälte, aber genau das ist das Problem, dass nur noch Anwälte den autonomen Handlungen der Verwaltungen nachkommen können. Wenn wir etwas finden, wie's geht, stellen wir Ihnen gerne das Material für einen Vorstoss in Luzern zu...

Sie sehen: wenn wir aus der konkreten Realität Beispiele herausnehmen, und ich bin sicher, Sie wüssten noch einige mehr, dann gewinnt die abstrakte Diskussion

darüber, was die Politik, insbesondere die CVP, für die KMU tut, tun kann oder tun sollte, etwas Boden, etwas Konkretheit, und dann sehen Sie, dass es mit Parteiprogrammen nicht getan ist.

Und Sie sehen, dass wir – aber das ist meine persönliche Ansicht – oftmals eine Art Phantomdiskussion darüber führen, welche Partei denn nun am meisten macht für die KMU, welche die Partei ist, die der Wirtschaft am nächsten steht.

Ich glaube, alle drei bürgerlichen Parteien sind mittlerweile genügend sensibilisiert dafür, dass wir in unserem Lande ein grosses Problem haben, dass die unternehmerische Freiheit immer mehr zurückgedrängt wird, zugunsten staatlicher Massnahmen, finanziert durch Abgaben oder Schulden, also nicht finanziert.

Die bürgerlichen Parteien unterscheiden sich, etwas zynisch gesagt, dadurch, dass sie von einer vernünftigen Wirtschaftspolitik an verschiedenen Orten abweichen, um Klientelbewirtschaftung zu machen: die SVP bei der Landwirtschaft oder jetzt bei der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit bei ihrem nationalkonservativen Flügel, die CVP bei der Familienpolitik, wo wir die KMU Interessen vernachlässigen, die FDP beim gewerblich dominierten Binnenmarkt oder in Konzernchefetagen, wo sie durch Verbandsverflechtungen zu stark eingebunden ist.

Wir alle haben unsere ordnungspolitischen Sünden, und deshalb sind wir so leicht ausspielbar von unseren wahren und eigentlichen Gegnern, den Etatisten, den Staatsquotenerhöhern, den – in diesem Sinne – sozialistisch Denkenden und Handelnden.

Und es ist der Verwaltung nicht zu verdenken, wenn sie so handelt, als sei sie eigenmächtig, sie ist es zu oft. Wohlverstanden, ich pauschalisieren, und gerade über die Verwaltung des Kantons Zug hab ich weiss Gott nicht zu klagen. Es sind nicht nur die tiefen Steuern, sondern auch eine extrem kundenorientierte Verwaltung, die eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, und damit eine erfolgreiche KMU Politik ermöglicht.

Insofern gibt nur eine gute oder eine schlechte Wirtschaftspolitik, nämlich wenn sie den Rahmen schafft, der unternehmerischen Handlungsraum gibt, und weiss, dass nur massvolle steuerliche Belastung wirklich substantiell Steuersubstrat generiert, und nicht die Haltung, die jedes Unternehmen, das Gewinn macht – und was anderes sollen sie eigentlich machen? – schon verdächtigt, Steuersubstrat zu verstecken.

Konsequenz aus dem Vergleich – natürlich selektiven Vergleich – von Parteiprogrammen mit der Realität: die Ideen sind richtig, aber schwer

durchzusetzen. Die Ideen sind richtig, aber teilweise widersprüchlich. Die Ideen sind richtig, aber die Verwaltung hat eine nicht demokratisch legitimierte Macht, die grundsätzliche Reformen verhindern kann, bzw. das Gegenteil von dem macht, was eine bürgerliche KMU Politik eigentlich will.

Und damit komme ich zum letzten und dritten Teil, einer Skizze dessen, was eine erfolgreiche KMU Politik, eine gute Wirtschaftspolitik, tun müsste.

3. Folgerungen für eine zukünftige KMU Politik

Bevor ich Ihnen ein paar Vorschläge unterbreiten möchte, in welche Richtung eine gute CVP Politik für die KMUs, oder besser, eine generell gute KMU Politik gehen könnte, ein paar Fakten. Ich nehme an, Sie kennen das meiste, aber vielleicht doch ein paar Daten und Fakten:

Welches sind die Herausforderungen, denen sich die Schweiz gegenüber steht? Sie können sie hier auf der Folie lesen. Es sind Herausforderungen, die die Globalisierung mit sich bringt, die eine Zweiteilung der Schweizer Wirtschaft in eine dynamische Exportwirtschaft und einen immer noch ziemlich geschlossenen Binnenmarkt bringt, und die demographische Herausforderung. Wir wissen es alle, bzw. wir spüren es in unserer alltäglichen Arbeit: die Schweiz hat den Übergang zu bewältigen von einem Land, das reich genug war, alle Probleme mit Geld zu bewältigen, zu einem Land, das in einem internationalen Wettbewerb wieder bestehen muss, aber seine ursprünglichen Tugenden vergessen hat, und jetzt schauen muss, nicht nach hinten durchgereicht zu werden. Was sind die Tugenden?

Wettbewerb, Unabhängigkeit, Freiheit, Selbstverantwortung und Solidarität.

Wie stehen wir da?

Wenn Sie die Folien zur Arbeitsproduktivität und zur Produktivität pro Beschäftigten ansehen, dann sehen Sie einfach, dass die Schweiz nicht mehr Spitze ist. Wir fallen zurück, und wir müssen aufpassen, nicht noch mehr zurück zu fallen.

Natürlich, wenn ich mit Unternehmern aus Deutschland, auch aus England spreche, die sich kürzlich in Zug niederliessen, dann scheint es keine grossen Gründe zur Beunruhigung zu geben. Trotzdem, die Tatsache, dass wir immer noch jemanden finden, der sagt, in seinem Land sei es noch schlimmer, ist kein eigentlicher benchmark für eine gute KMU Politik.

Was sollte sich die Politik zum Ziel setzen? Von den hier aufgeführten Zielen möchte ich nur auf die ersten zwei näher eingehen: das erste betrifft den Export, das zweite den Binnenmarkt.

Im Export scheint es mir zentral, dass wir Sicherheit in den Rechtsverhältnissen schaffen. Der wichtigste Handelspartner, die EU, muss mit bilateralen Verträgen als wichtiger Handelspartner erhalten werden. Daneben, gerade weil ich ein Gegner eines EU Beitritts bin, ist es wichtig, die Aequidistanz zu andern Handelspartnern zu bewahren. Wir müssen uns neue Märkte erschliessen, z.B. mit Freihandelsabkommen. Sie haben aus den Zeitungen entnehmen können, dass die Schweiz beabsichtigt, die Möglichkeit eines Freihandelsabkommens mit den USA zu prüfen. Ich habe dies mit einem Postulat angeregt, auch wenn ich wusste, dass der Bundesrat von sich aus diese Möglichkeit prüfte, also für einmal quasi offene Türen einrannte. Wir müssen aufpassen, dass wenn wir ein Land ausserhalb der Blöcke bleiben wollen, dass wir multilaterale Beziehungen mit allen möglichen Partnern haben. Die Gefahr ist gross, dass ohne solche Abkommen die EU und die USA Annäherungen machen, wo die Schweiz aussen vor bleiben könnte, z.B. innerhalb der WTO.

In diesen Zusammenhang gehört es für mich auch dazu, bei der wichtigsten Abstimmung seit 10 Jahren im September dafür zu sorgen, dass unserer Exportwirtschaft nicht enormer Schaden zugeführt werden könnte.

Das eigentliche Problem der Schweiz sehe ich nicht bei der Export- sondern bei der Binnenwirtschaft. Und hier sehen Sie einige Reformen, die nach Ansicht der CVP nötig sind, um in der Schweiz wieder Wachstum und Dynamik zu schaffen. Natürlich sehen Sie da als KMUler teilweise unangenehme Dinge, aber ich glaube, wir müssen deregulieren, Wettbewerb zulassen, auch wenn wir selbst in diesem Wind eine Erkältung holen könnten. Freie Marktwirtschaft braucht Härte, das machen uns die neuen Ostländer der EU ziemlich eindrücklich vor, vermutlich gerade weil sie den Sozialismus am eigenen Leib erlebt haben.

Nach dieser tour d'horizon nun aber doch ein paar Schlussfolgerungen, einfach, zu einfach, und hart, in der Realität umzusetzen. Was muss eine erfolgreiche CVP KMU Politik beherzigen?

1. Es ist unbedingt nötig, wirtschaftliche Erfahrung in die Politik einzubringen, konkret, und es ist unbedingt nötig, dass die Wirtschaft ihre politische Verantwortung wahrnimmt. Nicht mit direktorialen Worten zum Sonntag, was die

Politik alles falsch macht, sondern indem sie geeignete unternehmerisch denkende Personen aus dem Betrieb freistellt für das politische Tageswerk.

2. Ich wäre froh, würde man nicht jede nötige aber noch so kleine Liberalisierung gleich als Neoliberalistisches Teufelswerk zu verdammen. Das verhindert jeden Ansatz, darüber nachzudenken, ob es nicht Felder geben könnte, die wir dem Staat wieder entziehen und wieder dem freien Wettbewerb übergeben könnten. Ich stelle einen eklatanten Mangel an Phantasie fest, wenn es darum geht, zu fragen, was liberaler Wettbewerb besser kann als der Staat. Es fehlt schon daran, dass die Fragestellung nie radikal genug gemacht wird. Vielleicht in der Diskussion nachher ein paar Beispiele dazu.

3. Diejenige Wirtschaftspolitik ist die beste KMU Politik, die sich täglich, in kleinen Schritten, wie ich sie aufgezeigt habe, in solch mühsamer Kleinarbeit immer die Grundsatzfragen stellt: will man Freiheit und Verantwortung – oder will man staatliche Lenkung? Traut man der sozialen Marktwirtschaft zu, dass sie – mit erfolgreichem Wirtschaften – dem Staat mehr Geld zuführt, als eine sozialistisch dirigistische Politik?

4. Die Politik hat die Aufgabe, den Standort Schweiz konkurrenzfähig zu halten, die Wirtschaft hat die Aufgabe, in dieser Konkurrenz zu bestehen, durch Leistung, nur durch Leistung. Und die Verwaltung hat zu verwalten, aber nicht zu entscheiden, und schon gar nicht zu führen.

5. Die Aufgabe war, Ihnen die KMU Politik der CVP vorzustellen. Ich bin überzeugt, die CVP hat gute Ansätze in ihrem Parteiprogramm, wie jede andere bürgerliche Partei. Ein mir ideologisch nicht besonders nahe stehender deutscher Dichter, Bertolt Brecht, sagte mal: die Qualität des Puddings merkt man beim Essen. So ist es auch in der Politik: misst eine Partei nicht an ihren Worten, sondern an den Taten. Und da bin ich überzeugt, da schneidet die CVP nicht schlechter ab als andere Parteien. Aber die härteste Arbeit ist die innerparteiliche Arbeit. Mit Ihrer Teilnahme an einer solchen Veranstaltung zeigen Sie, dass Sie bereit sind, politisch mehr zu tun als der Durchschnitt, mit Ihrer unternehmerischen Erfahrung – und das ist das Wertvollste, was Sie an Wissen in die Politik, in welcher Partei auch immer einbringen können. Dafür danke ich Ihnen, ebenso für Ihre Geduld, mir bei

diesem ziemlich rasanten und notgedrungen subjektiv - oberflächlichen Querschnitt durch die KMU Politik der CVP und der Schweizer Politik zu folgen.

Gerhard Pfister, Präsident CVP Kanton Zug, Nationalrat